

9. Klimatagung und 3. nationale GFCS Tagung

Klimaforschung, vernetzte Arbeitsteilung und politische Willensbildung

Die große Leistung der internationalen Klimaforschung in den vergangenen 30 Jahren war die Feststellung einer fortschreitenden globalen Erwärmung, des Nachweises der Gegenwart externer Antriebe für diesen Wandel und des kausalen Zusammenhanges zwischen erhöhten Treibhausgaskonzentrationen und sich veränderndem Klima. Mit diesem Wissen ist eine neue Dynamik in der internationalen Politik initiiert worden, die unter dem Stichwort „Klimaschutz“ zusammengefasst werden kann. Sichtbares Symbol dieser Politik ist das sogenannte 2° Ziel. Im Bereich der Zivilgesellschaft entstand eine Neigung praktisch alle negativen Entwicklungen der jüngeren Zeit direkt oder indirekt Klimawandel zuzuschreiben.

Es stellt sich die Frage, welche Dienstleistung die Gesellschaft von der Wissenschaft bei der Beratung des Umgangs mit komplexen Vorgängen erwartet. Eine häufige Rhetorik in der Öffentlichkeit, aber auch unter einzelnen Wissenschaftlern, verweist darauf, dass Wissenschaft gewisse Entscheidung der Gesellschaft erzwingt; das Gesellschaft nicht mehr frei wäre zu entscheiden, sondern das überlegene Wissen aus der Wissenschaft geeignet umzusetzen habe. Mit diesem Anspruch wird „die“ Wissenschaft massiv überfordert, und ihr Kapital, nämlich das Vertrauen der Öffentlichkeit in eine vorgebliche Objektivität der Wissenschaft, verbraucht.

Da andererseits das wissenschaftliche Wissen eine bisweilen wesentliche Qualifikation von Option politische Entscheidungen erlaubt, ist es naheliegend vorzuschlagen, dass Wissenschaft weiter ihre Autorität aus ihrer Methodik zieht, während Politik in ihrem Entscheidungsprozess aus den Optionen wählt, und zwar sowohl nach der wissenschaftlichen Bewertung der Machbarkeit und Konsequenzen als auch nach gesellschaftlichen Präferenzen und Vorstellungen. In diesem Vorschlag entsteht eine vernetzte Arbeitsteilung, die die spezifischen Eigenheiten der gesellschaftlichen Akteure „Wissenschaft“ und „Politik“ bzw. „Verwaltung“ respektiert, und den demokratischen Charakter der politischen Willensbildung anerkennt